

ENTSCHIESSUNGSSANTRAG

**der Abgeordneten Nikolaus Scherak, Claudia Gamon und Kollegen
betreffend Ausstieg aus den Verträgen betreffend das Anhaltezentrum Vordernberg**

In seinem Prüfbericht *Bund 2016/22* übt der Rechnungshof harsche Kritik an den Strukturen des Anhaltezentrums Vordernberg und insbesondere daran, wie das Vertragswerk in dieser Angelegenheit gestaltet ist. Unter anderem hob er in seinen Schlussempfehlungen zusammenfassend hervor: "(...) (19) Vergaben von für das BMI zu erbringenden Dienstleistungen wären grundsätzlich selbst oder über die Bundesbeschaffung GmbH durchzuführen, die Zwischenschaltung Dritter wäre zu vermeiden. (TZ 27)(20) Im Sinne der Transparenz wären Verträge ausreichend klar und konkret zu formulieren. (TZ 27)(21) Beim Abschluss von Verträgen wäre die Vereinbarung langjähriger Kündigungsverzichte, insbesondere wenn die Verträge unabhängig vom tatsächlichen Leistungsbedarf zu bezahlende Pauschalbeträge vorsehen, zu vermeiden. (TZ 27)(23) In Abstimmung mit der Gemeinde Vordernberg wären Möglichkeiten für eine alternative Verwendung des Anhaltezentrums auszuarbeiten, um diese Einrichtung einer adäquaten Nutzung zuzuführen. (TZ 29)(24) Der bestehende Vertrag wäre im Hinblick auf eine Änderung des Verwendungszwecks des Anhaltezentrums neu zu verhandeln. (TZ 29)(25) Für das Anhaltezentrum Vordernberg sollte ein Sicherheitskonzept erstellt werden. (TZ 30)"
Diese Punkte erhärten die Kritik an den Verträgen rund um das Anhaltezentrum Vordernberg, die von Beginn an bestanden hat und lassen nur eine mögliche Handlungsoption zu.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHIESSUNGSSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Der Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, einerseits die Verträge, die zwischen dem Innenministerium und der Gemeinde Vordernberg bestehen, neu zu verhandeln, wobei insbesondere auch die Empfehlungen des Rechnungshofs im Prüfbericht *Bund 2016/22* zu berücksichtigen sind und andererseits auf die Gemeinde Vordernberg hinzuwirken, damit diese die ihrerseits bestehenden Verträge ebenfalls neu verhandelt."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für innere Angelegenheiten vorgeschlagen.

N. Scherak
(SCHERAK)

Rainer Schell
(SCHELL)

Beck
(BECK)

Claudia Gamon
(GAMON)

